

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

## Ostdeutschlands Agrar- und Ernährungskrise: Von einem Sonderberichterstatter

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1953) : Ostdeutschlands Agrar- und Ernährungskrise: Von einem Sonderberichterstatter, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 33, Iss. 3, pp. 177-179

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131689>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Ostdeutschlands Agrar- und Ernährungskrise

Von einem Sonderberichterstatter

Der Zustrom ostdeutscher Flüchtlinge hat wieder einmal der Weltöffentlichkeit zum Bewußtsein gebracht, wie labil die politische und wirtschaftliche Lage an der Grenze zwischen West- und Osteuropa ist. Zugleich ist die Zahl der Flüchtlinge geradezu zu einem Barometer von Erfolg und Mißerfolg in der Ostzone geworden.

Während noch bis Mitte vorigen Jahres täglich im Durchschnitt 175 Flüchtlinge in Berlin registriert wurden, änderte sich das Bild dann plötzlich. Nach der Unterzeichnung der Generalverträge wurde der Übertritt von der Ostzone nach der Bundesrepublik nahezu unmöglich gemacht, und die Flüchtlinge, die sich bis dahin in Uelzen und Gießen gemeldet hatten (etwa 275 täglich), wurden gezwungen, ihren Weg nach West-Berlin zu nehmen. Der Zustrom an Flüchtlingen wuchs aber darüber hinaus von einem Monatsdurchschnitt von 5 000 in der ersten auf fast 15 000 in der zweiten Hälfte des Jahres, und dann weiter im neuen Jahre auf 25 000 im Januar und über 40 000 im Februar. Seit der Währungsreform hat damit jeder dreißigste Bürger der Ostzone seine Heimat verlassen.

Dieser Massenexodus ist in der Hauptsache den Auswirkungen des politischen und wirtschaftlichen Frontwechsels in der Ostzone zuzuschreiben. Auf russisches Verlangen sind seit Juli vorigen Jahres die Entwicklung der Schwerindustrie, die Schaffung einer Armee und die Beseitigung des großbäuerlichen Elements in den Dörfern in den Vordergrund der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung gestellt worden. Die Auswirkungen waren unmittelbar und spontan. Im Herbst vorigen Jahres befanden sich unter den Flüchtlingen besonders viele junge Männer militärpflichtigen Alters. Später änderte sich die Alters- und Berufszusammensetzung. In dem Maße, in dem sich der Druck auf dem Lande verstärkte, wuchs die Zahl der ländlichen Flüchtlinge. Während bis zum Sommer etwa 5 % der Flüchtlinge aus dörflichen Gemeinden kamen, wuchs ihr Anteil nach der Ernte zusehends.

## FLUCHT DER LANDBEVÖLKERUNG

Um diese Entwicklung voll zu verstehen, muß man sich vergegenwärtigen, was es bedeutet, wenn ein Bauer oder Neusiedler seinen Grund und Boden aufgibt. Arbeiter und Handwerker haben im allgemeinen verhältnismäßig gute Aussichten, ihre Fähigkeiten anderweitig zu verwenden, selbst wenn sie ihren Arbeitsplatz unter Zurücklassung ihres Handwerkszeugs verlassen mußten. Beim Bauern ist das anders; er hat kaum Aussicht, in Westdeutschland oder anderswo in Europa wieder bodenständig zu werden. Wenn er den Hof verläßt, der oft seit Generationen im Familienbesitz gewesen ist, dann muß er auf Jahre hinaus mit Arbeitslosigkeit oder mit Beschäftigung als ungelerner Arbeiter rechnen. Ein schärferes Urteil

an einem Regime ist kaum möglich, als wenn Bauern Armut und Arbeitslosigkeit in der Fremde dem Verbleiben auf der eigenen Scholle unter Bedingungen von Furcht und Unsicherheit vorziehen.

Die Zahl der Bauern und ihrer Familien, die die Ostzone seit dem Sommer vorigen Jahres verlassen haben, beläuft sich auf etwa 6 000. Zur Zeit kommt mindestens jeder fünfte Flüchtling vom Lande. Vor Jahresfrist kamen etwa 100 selbständige Bauern im Monat, im Oktober vorigen Jahres waren es 700, und im Januar schwoll die Zahl auf 1 600 an; in den meisten Fällen kommen sie mit all ihren Familienangehörigen. In den letzten Monaten waren etwa die Hälfte Kleinbauern und Neusiedler, während die andere Hälfte — nach russischer Terminologie — als Großbauern oder Kulaken angesehen werden. Da es im Osten kaum mehr große Betriebe gibt, handelt es sich in Wirklichkeit um Mittelbauern mit weniger als 50 ha Landbesitz.

## Landwirtschaftliche Betriebsgrößen in Ostdeutschland (in %)

Position Jahr	0,5—5 ha	5—20 ha	20—50 ha	50—100 ha	über 100 ha
Betriebe:					
1939	55,9	33,1	8,5	1,4	1,1
1951	46,8	47,0	5,5	0,6	0,1
Landw. Nutzfläche:					
1939	9,0	31,8	22,5	8,4	28,3
1951	10,8	58,8	21,4	4,6	4,3

Immerhin ist der Anteil der Großbauern, die gezwungen werden, ihre Höfe zu verlassen, nicht zu unterschätzen. Seit dem Spätherbst vorigen Jahres haben fast 10 % aller Bauern mit mehr als 50 ha Landbesitz ihre Höfe verlassen. Wenn die Flucht im gegenwärtigen Ausmaß weiter anhält, wird es am Ende dieses Jahres nur noch wenige Großbauern in Ostdeutschland geben. In den meisten Fällen sind in letzter Zeit die Ablieferungsquoten für pflanzliche und tierische Erzeugnisse für Großbauern so hoch festgesetzt worden, daß ihre Erfüllung — zumal nach einer mittelmäßigen Ernte — unmöglich ist. Versäumnis führt aber unweigerlich zum Vorwurf der Wirtschaftssabotage, wenn die Betroffenen es nicht

## Landwirtschaftliches Ablieferungssoll in Ostdeutschland (in dz/ha)

Position Jahr	0,5—5 ha	5—10 ha	10—20 ha	20—50 ha	über 50 ha
Getreide:					
1949	6,0	9,0	11,5	13,0	15,0
1952	5,6	9,5	13,7	18,0	21,0
Kartoffeln:					
1949	45,0	50,0	65,0	75,0	85,0
1952	36,0	56,0	79,0	97,0	101,0

vorziehen, vorher ihre Höfe zu verlassen. Unter diesen Umständen muß damit gerechnet werden, daß im Laufe des Jahres etwa ein Zehntel der landwirtschaftlichen Fläche herrenlos werden und daraufhin

in Kollektivwirtschaften überführt werden wird. Die Versorgung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen wird dadurch bedenklich getroffen.

### STATISTISCHE ENTSTELLUNGEN

Schon gegen Ende des vorigen Jahres war Ostdeutschland von einer Ernährungskrise heimgesucht worden. Im zweiten Viertel dieses Jahres ist mit einer Wiederholung und Verschärfung der Krise zu rechnen. Das Ausmaß der bevorstehenden Krise abzuschätzen, ist freilich nicht leicht. Die Methoden der Verheimlichung und Entstellung statistischer Tatbestände, wie sie heute überall im Osten Europas angewandt werden, sind so weit entwickelt worden, daß eine oberflächliche Nachprüfung erfolgreich verhindert werden kann. Es bedarf der sorgfältigsten Berücksichtigung aller maßgeblichen Faktoren, um statistische Entstellung, bürokratische Unfähigkeit und wirtschaftliches Versagen aufzuspüren und richtig einzuschätzen.

Die über Ernte, Verteilung und Verbrauch verfügbaren Daten lassen keinen Zweifel darüber bestehen, daß die Agrar- und Ernährungswirtschaft Ostdeutschlands einige Jahre der Erholung hinter sich hat. Während noch bis zum Herbst 1950 alle wichtigen Nahrungsmittel rationiert waren, wurden nach der guten Ernte jenes Jahres Brot, Mehl und Kartoffeln freigegeben. Während des größten Teiles der letzten zwei Wirtschaftsjahre waren diese Lebensmittel dann auch einigermaßen ausreichend vorhanden. Nach der Ernte des Jahres 1952 mußten allerdings Winterkartoffeln wieder rationiert werden. Das war das erste Anzeichen bevorstehender Schwierigkeiten in der Versorgung mit unrationierten Lebensmitteln. Hochwertige Nahrungsmittel sind nach wie vor rationiert. Zucker, Fleisch und Fette werden auch über das laufende Erntejahr hinaus der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegen. Die Zuteilungen sind zwar seit Ende des Krieges langsam erhöht worden,

#### Nahrungsverbrauch in Ostdeutschland

(in kg je Kopf)

Nahrungsmittel 1935/38 <sup>1)</sup>	1948/49	1952/53 (offiziell)	1952/53 (geschätzt)	West- deutschl. 1951/52
Getreide (als Mehl)	119,0	125,0	125,0	100,5
Kartoffeln	176,0	200,0	175,0	179,0
Zucker	23,0	16,0	29,0	24,5
Fleisch	46,5	11,0	37,5	38,5
Fisch	12,0	1,0	8,5	13,0
Milch	125,0	30,0	70,0	123,0
Käse	4,5	2,0	3,5	4,0
Eier	7,0	1,0	4,5	7,5
Fett (Rein-)	23,0	5,0	22,0	21,0
Kalorien je Tag	2 900	2 200	2 900	2 600
1) Jahresdurchschnitt.				2 900

#### Nahrungsmittelrationen in Ostdeutschland

(in Gramm je Woche je Normalverbraucher)

Nahrungsmittel	Sommer 1944	Sommer 1949	Sommer 1950	Sommer 1951	Sommer 1952
Brot	2 425	2 450	2 800	unrationiert	
Mehl	150	140	245	unrationiert	
Kartoffeln	3 500	3 500	3 500	unrationiert	
Zucker	225	140	175	175	280
Fleisch	250	140	210	315	315
Fett	235	70	105	210	210

aber nach dreizehn Jahren der Bewirtschaftung erhält der ostdeutsche Arbeiterhaushalt Rationen an Zucker, Fleisch und Fetten, die im Durchschnitt kaum besser sind als im Sommer 1944, als die Kriegsbewirt-

schaffung von Lebensmitteln nahezu ihren tiefsten Stand erreicht hatte. Die Verbraucher, die bereit sind, dafür länger zu arbeiten oder weniger an anderen lebensnotwendigen Gütern zu verbrauchen, können allerdings ihre Rationen durch Einkäufe in den HO-Läden bis zu einem gewissen Grade aufbessern.

Um den Gesamtverbrauch an Nahrungsmitteln schätzen zu können, muß man sich ein Bild von der heimischen Erzeugung zu machen versuchen. Die statistischen Angaben, die in dieser Hinsicht aus dem Osten kommen, sind besonders zweifelhafter Natur. Unmittelbar nach dem Kriege gab es Jahr für Jahr nebeneinander russische und deutsche Ernteschätzungen. Die deutschen Angaben lagen verständlicherweise unter denen der Besatzungsbehörde. Heute bemühen sich die Verwaltungsstellen Ostdeutschlands um den Beweis, daß Erzeugung, Verteilung und Verbrauch größer sind als vor dem Kriege und als im Westen Deutschlands. Dabei werden alle Methoden statistischer Verschleierung und Verfälschung angewandt, die aus Rußland und Osteuropa bekannt sind. So werden unter anderem in den Warenbilanzen Zucker und Fische zum Rohwert eingesetzt und mit Angaben verglichen, die in Form von raffiniertem Zucker und verarbeiteten Fischen gemacht sind. Würste, die nur zur Hälfte Fleisch enthalten, werden in die Verbrauchsberechnungen eingesetzt, als wären sie reine Fleischwaren. Butter und Margarine mit erhöhtem Wassergehalt werden behandelt, als wären sie vollwertige Erzeugnisse. Die ernsteste und folgenschwerste statistische Fälschung liegt aber auf dem Gebiet der pflanzlichen Urproduktion. Obgleich der Verbrauch an künstlichen Düngemitteln noch hinter der Vorkriegszeit zurückbleibt, behaupten amtliche Stellen, daß seit 1951 die Vorkriegserträge erreicht oder sogar überschritten worden wären. Während die Ernteschätzungen für 1951 sich zunächst auf 20 dz je ha belaufen hatten (gegenüber 22 dz vor dem Kriege), waren die endgültigen Ernteschätzungen auf Flächenenerträgen von 26,5 dz basiert. Damit erhöhte sich die Gesamternte von 5,4 auf 7,4 Mill. t Getreide.

Wenn auch bisher offizielle Verlautbarungen darüber fehlen, so scheint doch hinreichend Grund zu der Annahme zu bestehen, daß in Ostdeutschland — in ähnlicher Weise wie in anderen Ländern des Ostens — um die Jahreswende 1950/51 die Schätzung der Ernte auf dem Halm an die Stelle der eingebrachten Ernte getreten ist. Ähnliches dürfte für die übrigen Feldfrüchte gelten. Unter dieser Annahme ist die Ernte des vorigen Jahres um 2 Mill. t Getreide, 1 Mill. t Kartoffeln und 0,5 Mill. t Zuckerrüben überschätzt worden. Ähnliches dürfte für die Ernte des Jahres 1952 gelten. Wenn die von Zeit zu Zeit offiziell bekanntgegebenen Ernteschätzungen richtig wären, würde in Ostdeutschland keine Ernährungskrise drohen. Es wäre dann nicht nur möglich, die hohen offiziellen Verbrauchsmengen zu befriedigen, sondern darüber hinaus stünde noch ein Zuckerüberschuß von etwa 100 000 t für Ausfuhrzwecke zur Verfügung. Auf der anderen Seite würde keinerlei Bedürfnis für Getreideeinfuhren bestehen, wie sie Ostdeutschland auf Grund des Handelsabkommens mit Sowjetrußland zustehen.

## OSTDEUTSCHE ERNÄHRUNGSBILANZ

Daß die Behauptungen offizieller Stellen über Erzeugung und Verbrauch in Ostdeutschland unzutreffend sind, bedarf kaum des Beweises. Die Größenordnung der Übertreibungen kann aber nur auf Grund sorgfältiger Ernährungsbilanzen ermittelt werden. Eine Bilanz, die die heimische Erzeugung nach der Witterung des Jahres und der Versorgung mit landwirtschaftlichen Betriebsmitteln und den Verbrauch nach der Zuteilung von rationierten und freien Lebensmitteln abschätzt, widerlegt die offiziellen Behauptungen. Während eine gewisse Erholung in Erzeugung und Verbrauch gegenüber dem bei Kriegsende erreichten Niveau außer Frage steht, zeigt die Ernährungsbilanz für das Jahr 1952/53 deutlich, wie weit Ostdeutschland noch von dem Niveau entfernt ist, das in Westdeutschland inzwischen erreicht worden ist und das in Ostdeutschland vor dem Kriege üblich war.

Ogleich aber Getreide und Kartoffeln unter der Sommertrockenheit und Zuckerrüben unter den Frühfrösten gelitten haben, kann von einer Erntekatastrophe keine Rede sein. Die Ernte des Jahres 1952 war immerhin die drittbeste seit Kriegsende. Trotz aller Futteransprüche für die übereilig gesteigerten Viehbestände sollte daher kein Mangel an Nahrungsmitteln bestehen. Selbst wenn die Bedürfnisse der in Ostdeutschland stationierten Besatzungs- und Polizeitruppen und die im Herbst getätigten Einkäufe der Westberliner im Osten der Stadt voll in Betracht gezogen werden, ergeben sich Fehlbeträge, die keinen

### Nahrungsmittelbilanz für Ostdeutschland 1952/53

(in 1000 t)

Erzeugnis	Erzeugung	Saat, Futter, Schwund, Verarb.	Verfügbar für menschl. Verbrauch	Menschl. Verbrauch	Überschuss (+) Fehlbetrag (-)
Getreide	5 000	2 700	2 300	3 100	- 800
Kartoffeln	12 000	9 500	2 500	3 500	- 1 000
Zucker	650	50	600	450	+ 150
Fleisch	550	50	500	500	-
Fisch	85	35	50	100	- 50
Vollmilch	4 300	3 500	800	800	-
Magermilch	2 700	2 100	600	600	-
Käse	60	-	60	60	-
Eier	80	10	70	70	-
Handelsfett	250	-	250	350	- 100

Grund zur Sorge bieten sollten, vorausgesetzt, daß die im Handelsvertrag vorgesehenen russischen Lieferungen tatsächlich erfüllt werden. Bei realistischer Einschätzung von Erzeugung und Verbrauch ergibt sich gegenüber einem Überschuß von etwa 150 000 t Zucker ein Defizit von etwa 800 000 t Getreide, das durch langfristige Handelsabkommen mit Rußland gesichert sein sollte. Darüber hinaus dürften 1 Mill. t Kartoffeln und gewisse Mengen von Fischen und Fetten fehlen; doch ist ein großer Teil auch dieser Fehlmengen durch Handelsabkommen gesichert.

### URSACHEN DER ERNÄHRUNGSKRISE

Angesichts der zwar knappen, aber keineswegs katastrophalen Versorgung mußte es merkwürdig anmuten, wenn Schwierigkeiten bereits im Dezember, d. h. im ersten Quartal nach der Ernte, auftraten. Ogleich Trockenheit und Frost nicht ohne Wirkung ge-

wesen sind, müssen die wahren Gründe für die Versorgungsschwierigkeiten anderswo gesucht werden. Einige der Gründe wurden offiziell zugegeben. Andere wurden offenbar verheimlicht. Wenn Anschuldigungen gegen die Exportländer Skandinaviens und gegen die gelegentlichen Käufe von Westberlinern im Ostsektor erhoben worden sind, so handelt es sich in beiden Fällen um verhältnismäßig geringfügige Mengen. Angesichts russischer Zusicherungen, derartige Fehlmengen aus eigenen Reserven zu decken — Rußlands letzte Getreideernte soll um 10 Mill. t größer sein als im Vorjahr — sollten vorübergehende Stockungen im Skandinaviengeschäft und gelegentliche Käufe von Westberlinern keine unüberwindlichen Schwierigkeiten hervorrufen. Selbst wenn im Herbst vorigen Jahres eine halbe Million Westberliner alle ihre Lebensmitteleinkäufe im Ostsektor getätigt hätten — und davon kann natürlich keine Rede sein — dann wären dadurch kaum 3 % der Nahrungsmittelumsätze Ostdeutschlands betroffen worden.

Daß die Versorgungsschwierigkeiten Ostdeutschlands zum Teil administrative Ursachen haben, steht außer Zweifel. Die Beseitigung der Länderverwaltungen und die Schaffung von 14 neuen Verwaltungsbezirken hat unvorhergesehene Verwirrung hervorgerufen. Es wäre aber falsch, damit alles erklären zu wollen. Die zunehmende Einlagerung und Konservierung verderblicher Nahrungsmittel hat zweifellos auch eine Rolle gespielt; doch sollte dieser Faktor nicht überschätzt werden, wie dies gelegentlich geschehen ist. Der Hauptgrund für das Auftreten von Mangelerscheinungen zu einer Zeit, da der größte Teil der Ernte noch in Scheunen, Speichern und Mieten lag, ist in der Verwirrung zu suchen, die die zwangsweise Kollektivierung hervorgerufen hat. Sie begann, als die Ernte gerade eingebracht wurde. Die Überraschung unter den Bauern und Neusiedlern war um so größer, als ihnen immer wieder versichert worden war, daß Ostdeutschland für die Kollektivierung der Landwirtschaft nicht reif sei und man es daher mit der Schaffung von Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe würde bewenden lassen.

Bisher sind zwar nicht mehr als etwa 1 300 Produktivgenossenschaften gegründet worden, und die davon betroffene Ackerfläche beläuft sich auf nicht mehr als 115 000 ha oder etwa 2 % der gesamten Ackerfläche Ostdeutschlands. Daß aber — ebenso wie in den anderen Ländern Osteuropas — die Umwandlung aller landwirtschaftlichen Betriebe in Kollektive das Ziel ist, steht außer Zweifel. Der Preis, den die Städter für diesen jüngsten Schritt auf dem Wege zur Kollektivierung der Landwirtschaft werden zahlen müssen, wird aber die verminderte Versorgung mit Lebensmitteln sein. Der Winterkrise werden weitere Störungen in der Verteilung im späten Frühjahr und frühen Sommer folgen, wenn die vorzeitigen Viehschlachtungen zu Mangel an Fleisch und tierischen Fetten führen werden. Darüber hinaus ist mit einem allgemeinen Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion zu rechnen, der erst nach Jahren wird beseitigt werden können.